

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6 a bis 6 e auf:

- a) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

Dritter Bericht zur Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland

– Drucksache 16/12552 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Uwe Barth, Cornelia Pieper, Patrick Meinhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Umsetzung der Bologna-Beschlüsse kritisch begleiten

– Drucksache 16/11910 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Kai Gehring, Krista Sager, Priska Hinz (Herborn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bologna-Reform verbessern – Studienqualität erhöhen und soziale Dimension stärken

– Drucksache 16/12736 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

- d) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner

(A) **Neuregelung des Hochschulzugangs und der Hochschulabschlüsse als Impuls zur Hochschulöffnung und Qualitätsentwicklung nutzen**

– Drucksachen 16/2796, 16/12831 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Monika Grütters
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Uwe Barth
Cornelia Hirsch
Kai Gehring

e) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

– zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Hirsch, Dr. Petra Sitte, Volker Schneider (Saarbrücken), weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Für einen sozialen Europäischen Hochschulraum

– zu dem Antrag der Abgeordneten Krista Sager, Kai Gehring, Priska Hinz (Herborn), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Den Bologna-Prozess voranbringen – Qualität verbessern, Mobilität erleichtern und soziale Hürden abbauen

– Drucksachen 16/5246, 16/5256, 16/12832 –

(B) Berichterstattung:
Abgeordnete Anette Hübinger
Dr. Ernst Dieter Rossmann
Uwe Barth
Cornelia Hirsch
Krista Sager

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die **Reden** zu diesem Tagesordnungspunkt **zu Protokoll** zu geben. – Ich sehe, Sie sind damit einverstanden. Es handelt sich um die Reden folgender Kolleginnen und Kollegen: Anette Hübinger, CDU/CSU, Dr. Ernst Dieter Rossmann, SPD, Uwe Barth, FDP, Cornelia Hirsch, Die Linke, Kai Gehring, Bündnis 90/Die Grünen, und des Parlamentarischen Staatssekretärs Andreas Storm.¹⁾

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/12552, 16/11910 und 16/12736 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Tagesordnungspunkt 6 d. Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Neuregelung des Hochschulzugangs und der Hochschulabschlüsse als Impuls zur Hochschulöffnung und Qualitätsentwicklung nutzen“. Der Ausschuss empfiehlt

in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/12831, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/2796 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke mit den restlichen Stimmen des Hauses angenommen. (C)

Tagesordnungspunkt 6 e. Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Für einen sozialen Europäischen Hochschulraum“. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/12832, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/5246 abzulehnen. Wer stimmt für diesen Beschlussvorschlag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist bei Gegenstimmen der Fraktion Die Linke mit den restlichen Stimmen des Hauses angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Drucksache 16/5256 mit dem Titel „Den Bologna-Prozess voranbringen – Qualität verbessern, Mobilität erleichtern und soziale Hürden abbauen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Linken, der SPD und der CDU/CSU bei Gegenstimmen des Bündnisses 90/Die Grünen und bei Enthaltung der FDP angenommen. (D)

¹⁾ Anlage 17

(A)

(C)

(B)

(D)

Anlage 17**Zu Protokoll gegebene Reden****zur Beratung**

- **Unterrichtung: Dritter Bericht zur Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland**
- **Antrag: Umsetzung der Bologna-Beschlüsse kritisch begleiten**
- **Antrag: Bologna-Reform verbessern – Studienqualität erhöhen und soziale Dimension stärken**
- **Beschlussempfehlung und Bericht: Neuregelung des Hochschulzugangs und der Hochschulabschlüsse als Impuls zur Hochschulöffnung und Qualitätsentwicklung nutzen**
- **Beschlussempfehlung und Bericht zu den Anträgen:**
 - **Für einen sozialen Europäischen Hochschulraum**
 - **Den Bologna-Prozess voranbringen – Qualität verbessern, Mobilität erleichtern und soziale Hürden abbauen**

(Tagesordnungspunkt 6 a bis e)

(A) **Anette Hübinger (CDU/CSU):** Die erste Dekade des Bologna-Prozesses neigt sich dem Ende entgegen. Nicht alle gesetzten Ziele wurden erreicht. In Kenntnis dessen hat die Ministerkonferenz in Leuven am 28. und 29. April 2009 die Fortsetzung und Weiterentwicklung der Umgestaltung der Hochschulausbildung auf Bachelor- und Masterabschlüsse beschlossen. Zwar hinken wir in der Umsetzung im Vergleich zu Italien, den Niederlanden, Norwegen und Großbritannien noch etwas hinterher, doch sind in Deutschland zum Sommersemester 2009 76 Prozent aller Studiengänge auf die gestufte Studienstruktur umgestellt. Bezogen auf das Wintersemester 2007/2008 bedeutet dies, dass mehr als 600 000 Studierende in Bachelor- und Masterstudiengänge eingeschrieben sind. Für diese jungen Menschen tragen wir, unsere Kollegen in den Bundesländern und die deutschen Hochschulen eine große Verantwortung. Wir sind geradezu verpflichtet, die Bologna-Reform mit Augenmaß und Weitsicht weiterzuentwickeln.

Der Bund stellt sich im Rahmen seiner Regelungskompetenz dieser Verantwortung. Genannt seien beispielhaft der Hochschulpakt, die Änderungen bei der Mitnahmemöglichkeit des BAföGs bei Auslandsstudium oder die Einführung von Aufstiegsstipendien für beruflich qualifizierte. Auch bei der Mobilität wollen wir die in Leuven vereinbarte Zielmarke von 20 Prozent bis 2020 übertreffen. Wir wollen, dass bis 2020 die Hälfte der Studierenden während des Studiums Auslandserfahrung sammeln. Bei einer derzeitigen Quote von 23 Prozent ist das ehrgeizig, aber erreichbar.

(B) Nach den Beschlüssen von Leuven wird die soziale Dimension des Bologna-Prozesses in den nächsten Jahren im Vordergrund stehen. Auch hier sind wir auf einem guten Weg. Denn wir haben bereits Maßnahmen in Bezug auf die Steigerung des Frauenanteils in den sogenannten MINT-Fächern und für eine höhere Bildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund ergriffen. Der „Nationale Aktionsplan Soziale Dimension“ in Verbindung mit der Qualifizierungsinitiative bietet eine vielversprechende Grundlage für die zukünftige Entwicklung in diesen wichtigen Fragestellungen.

Leicht wird übersehen, dass Europa mit dem Bologna-Prozess eine internationale Vorreiterrolle übernommen hat. Die Grundidee des Prozesses und viele seiner angewendeten Instrumente finden international große Beachtung. Mit dem Projekt „Tuning USA“ wird in drei Bundesstaaten der Bologna-Prozess im Pilotverfahren übernommen. Aber um den Bologna-Prozess zu einem allseits anerkannten Erfolg zu machen, muss in vielen Punkten nachgebessert werden. Dieser Verantwortung müssen sich alle Beteiligten stellen.

Viele Probleme sind nicht der Bologna-Idee an sich zuzuschreiben, sondern in erster Linie der teilweise einfach schlechten Umsetzung. Aus meiner Sicht lassen sich die grundlegenden Schwierigkeiten stichpunktartig in folgenden drei Kategorien zusammenfassen: den internationalen Austausch hemmende Mobilitätshindernisse, zu gedrängte Curricula in den Studiengängen und mangelnde Anerkennung von – insbesondere im Ausland erworbenen – Studienleistungen und Qualifikationen. Gemeinsam ist diesen drei Punkten, dass sie – in

gewisser Weise – einander bedingen. Hier muss dringend nachgebessert werden. (C)

Es ist nicht hinnehmbar, dass die Mobilität infolge von Zeitmangel im Bachelorstudium noch schwieriger wird. Es darf kein Grundsatzproblem sein, wenn ein Auslandsaufenthalt von einem halben Jahr geplant ist. Hier sind ganz eindeutig die Hochschulen gefragt, welche schon jetzt „Mobilitätsfenster“ in die Studienstruktur einbauen können, diese möglichen Freiräume aber zurzeit noch unzureichend nutzen. Doch auch der innerdeutsche Hochschulwechsel wird durch die starke Ausdifferenzierung in der Bachelorphase eher erschwert als erleichtert. Genauso wie die Auslandsmobilität bedarf diese Problematik einer kritischen Revision.

Weiterhin wird immer noch über die 1:1-Übertragung von „alten“ in die „neuen“ Studiengänge geklagt, eine Praxis, die den Bologna-Zielen einer berufsorientierten Ausbildung im Bachelorstudiengang zuwiderläuft. Es ist auch kein Geheimnis, dass es in der Praxis Schwierigkeiten beim Thema Anerkennung der Studienleistungen gibt. Da dies indirekt auch ein Mobilitätshindernis darstellt, muss auch hier dringend nachgebessert werden.

Neben den soeben angesprochenen Problemen möchte ich zwei weitere Punkte herausgreifen, bei denen es im Detail Verbesserungsbedarf gibt:

Erstens zählt dazu das Problem der Studienabbrecher. Diese Thematik verfolgt uns schon seit Jahrzehnten. Auch wenn die ersten Zahlen auf Basis der neuen Studienstruktur darauf hindeuten, dass sich die Quote leicht rückläufig entwickelt, gibt es Handlungsbedarf. Lösungen bietet der Bologna-Prozess selbst an, welche unter den Stichworten „Betreungsverhältnis“ und „Qualitätsmanagement“ umrissen werden können. (D)

Zweitens darf auch das deutsche Akkreditierungssystem nicht ungenannt bleiben. Schlankere und effizientere Verfahren wären sicherlich bei der Beschleunigung des Prozesses hilfreich.

Bei aller Kritik geraten leider die positiven Auswirkungen infolge des Bologna-Prozesses aus dem Blickfeld. Hochschulen qualifizieren heute nicht nur für die Wissenschaft, sondern haben auch für die Berufsbefähigung zu sorgen – einem zentralen Anliegen von Bologna. Aktualität der Methoden, Forschungsstand und Praxisnähe des Studiums wurden vonseiten der Studierenden als vorteilhaft empfunden. Der Bachelor ist kein Hochschulabschluss zweiter Klasse. Es würde sehr helfen, wenn auch die Lehrenden dies so kommunizieren würden.

Bologna ist in der deutschen Hochschullandschaft zur Normalität geworden und hat wichtige Strukturreformen angestoßen. Als CDU/CSU-Fraktion halten wir die grundlegende Intention für richtig. Wie die Reform weiterentwickelt werden kann, darüber brauchen wir einen Dialog mit allen Beteiligten. Nach meiner Einschätzung befindet sich dieser im vollen Gange und das stimmt mich für die Zukunft optimistisch. Es steht für mich außer Zweifel, dass die Schaffung eines gemeinsamen einheitlichen Hochschulraums der richtige Weg ist. Dieses Signal muss von unserem Hause ausgehen!

(A) **Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):** Im Nachgang zur großen Bologna-Folgekonferenz, die kürzlich in Leuven stattgefunden hat, geben wir hier unsere Reden zu Protokoll. Für die SPD-Fraktion heißt das, dass wir in den folgenden Punkten im Einzelnen feststellen wollen:

Erstens. Fast zehn Jahre nach dem Beginn des sogenannten Bologna-Prozesses hat die Konferenz von Leuven gezeigt, wie weit diese Initiative zu einem gemeinsamen europäischen Hochschulraum mittlerweile ausgreift. Nicht nur, dass aus den ersten 27 Staaten, die seinerzeit beim Beginn des Bologna-Prozesses dabei waren, mittlerweile 46 geworden sind. Nein, auch zahlreiche Drittstaaten bis hin zu Australien haben in einem assoziierten Bologna-Forum in Leuven Interesse an den Zielen wie dem System dieser tiefgreifenden Hochschulreform in Europa gezeigt. Ohne dass hier gleich eine „Bologna-UNO“ am Horizont erscheint, ist dennoch zu konstatieren, dass Europa mit dem Bologna-Prozess offensichtlich ein interessantes Modell entwickelt hat und es in der weiteren Folge sehr wohl dahin kommen könnte, dass dieses Modell zum Benchmark in der globalen Hochschulwelt werden könnte. Umso wichtiger ist es, dass einerseits alles getan wird, um die Transparenz dieses Prozesses und die Ergebnisse noch weiter zu erhöhen. Wir begrüßen daher, dass in Leuven auch Verhandlungen zu einer Verbesserung des europäischen Hochschulstatistikwesens getroffen worden sind. Natürlich wird es entscheidend darauf ankommen, welche Qualität dieses Statistik- und Berichtswesen erreicht. Für die SPD-Bildungs- und Forschungspolitiker darf ich an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass wir die schroffe Ablehnung eines seinerzeit von der OECD ins Gespräch gebrachten „Hochschul-PISA“ nach wie vor nicht teilen. Ein qualitatives Hochschul-PISA, selbst wenn die Bedingungen für ein Schul- und ein Hochschul-PISA natürlich ganz andere sind, ist für uns jedenfalls die bessere Alternative zu einem simplen Hochschulranking, wie es bis dato ins Gespräch gebracht und glücklicherweise aber noch nicht beschlossen worden ist. Wir möchten diese Idee jedenfalls wieder ins Gespräch bringen, denn hilfreich könnte ein solches qualitatives, auf die Transparenz von Ergebnissen und Prozessen abgestelltes Hochschul-PISA durchaus sein.

Zweitens. Am Anfang des Bologna-Prozesses stand nicht zuletzt die Erwartung, mit einer dualen Struktur von Bachelor und Master den Ausbau des Studiums im Sinne einer Berufsorientierung, einer Wissenschaftsorientierung und einer Strukturierung des Studiums im Sinne von Verkürzung und Stufenbildung zu erreichen. Diese Debatte ist in den bisherigen Bologna-Folgekonferenzen vor allem unter der Maßgabe geführt worden, welche Quantitäten man in der Umstellung der Studiengänge im Sinne dieser Bologna-Struktur erreicht hat. Wir begrüßen es, dass zunehmend auch die Qualität in der Strukturdiskussion mehr Platz gewinnt. Tatsächlich müssen wir uns fragen, ob die besondere Rigidität, mit der in Deutschland die 3+1-Struktur durchgesetzt worden ist, sich wirklich als vorteilhaft erweist. Wir begrüßen als SPD, wenn es hier zu einer Öffnung kommt, die wieder längere, differenzierte Studienzeiten zulässt, um im Studium mehr Tiefe und Breite zu gewinnen. Außer-

dem halten wir es für sinnvoll, noch einmal sehr intensiv darüber nachzudenken, in welcher Weise die Durchlässigkeit vom Bachelor- zum Masterstudium erhöht werden kann. Dies ist dann nicht nur eine Frage der Kapazitäten, die hierfür vorgehalten werden, sondern auch der Systematik, zum Beispiel in den Förderwerken bis hin zum BAföG. Wir sprechen uns als SPD dafür aus, die Altersgrenzen beim BAföG entsprechend anzuheben und damit das möglich zu machen, was man quasi als ein „Master-BAföG“ bezeichnen könnte. Wenn es zu dieser Verbesserung in Breite und Tiefe des Curriculums kommt, um den Kultursminister Olbertz, der Deutschland für die Länder bei der Konferenz in Leuven vertreten hat, zu zitieren, dann erfordert dies auch zusätzliche Ressourcen, sowohl in räumlicher und materieller wie personeller Hinsicht. Als SPD sind wir nach wie vor sehr stolz darauf, im Konjunkturprogramm II hier nicht zuletzt auf unsere Initiative hin auch durchgesetzt zu haben, dass an den über 12 Milliarden, die für den Bildungsbereich reserviert sind, die Hochschulen massiv beteiligt werden. Außerdem bekräftigen wir hier noch einmal nachdrücklich unsere Haltung, dass nach dem Hochschulpakt I auch ein Hochschulpakt II zwingend notwendig ist, denn 275 000 zusätzliche Studienanfänger, die wir zum Glück bis 2015 erwarten dürfen, brauchen auch entsprechende Voraussetzungen, um in einer modernisierten Studienstruktur nach dem Bachelor-Master-System gut studieren zu können. Ich sage hier auch noch einmal ausdrücklich, dass die Anhebung der durchschnittlichen Fördersätze pro Studienplatz von 22 000 auf 26 000 Euro für uns ein notwendiger und unverzichtbarer Beitrag Richtung Qualität in der Lehre ist. Beides, die bessere materielle Ausstattung der Hochschulen wie die Stärkung der Personalmittel in der Perspektive des Hochschulprogramms II, müssen auch den Raum schaffen, innerhalb der Struktur von Bachelor und Master wieder ausreichend Platz für den kulturellen Rahmen des Studiums zu gewinnen. Denn natürlich ist ein Studium mehr als eine klassische Ausbildung und sind individuelle Freiheiten und Interessen genauso dabei zu berücksichtigen wie die Vermittlung eines über das Fach hinausreichenden Kontextes und allgemeinwissenschaftlichen Verständnisses. Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat hierzu den Satz geprägt: „Bildung ist auf Emanzipation angelegt. Sie erweitert die Freiheit des Einzelnen unmittelbar“. Dies muss auch für die Hochschulen der Zukunft gelten können.

Drittens. Ein Diskussionsthema in Leuven war, wie das Ziel der Mobilität zwischen verschiedenen Standorten bis hin zu Studienzeiten im Ausland weiter optimiert werden könnte. Die Schwächen, die es aktuell noch bei der Anrechnung nach dem ECTS-System gibt, sind offensichtlich nach wie vor noch sehr groß, auch in Deutschland. Ohne ein wirklich funktionierendes ECTS-Anrechnungssystem würde das Bemühen um mehr Breite und Tiefe der Curricula einerseits und der Verstärkung von Individualisierung von Studiengestaltungen andererseits sehr schnell an Substanz verlieren. Tatsächlich möchten wir von der SPD die Frage aufwerfen, ob die überwältigende Zahl an Studiengängen, die wir in Deutschland reklamieren, immer nur Grund zur Freude sein muss. Wenn mittlerweile 9 510 Bachelor- und Mas-

- (A) terstudiengänge umgestellt sind und 2 303 noch der Umstellung harren, wie es aus den jüngsten Sachstandsprozessen zum Bologna-Prozess ja ablesbar ist, wirft das natürlich gleichzeitig die Frage auf, ob es tatsächlich so viele eigene Studiengänge sein müssen oder ob es nicht genauso ein Anliegen des Bologna-Prozesses sein müsste, die Zahl der Studiengänge zumindest so weit zu reduzieren, dass es dort noch eine Transparenz, eine Überschaubarkeit und eine Vergleichbarkeit zwischen den Studiengängen gibt, an denen sich Breite und Tiefe der Curricula orientieren können, um hier noch einmal Herrn Olbertz zu zitieren.

Viertens. Die Absicht des Bologna-Prozesses war auch, über eine Strukturierung des Studiums dazu beizutragen, dass sich die Bedeutung, die Qualität und auch letztlich die Effizienz von Lehre im Sinne eines guten Studiums für alle entwickeln kann. Wir halten es für erfreulich, dass das Anliegen der „Guten Lehre für alle“ ein sozialdemokratisches Kernthema, auch in Leuven als ein Schwerpunkt der Beratungen behandelt worden ist. Die Reduktion der Studienabbrüche, die leider immer noch bei 25 Prozent liegen, muss ein vorrangiges Ziel sein. Wir stellen mit Befriedigung fest, dass sich nicht zuletzt der Wissenschaftsrat, aber auch die Hochschulrektorenkonferenz und letztlich auch die politischen Kräfte wieder mehr darauf konzentrieren, die gute Lehre an den Hochschulen für alle zu entwickeln. Einschlägige Konzepte hierzu liegen vor. Von der SPD-Seite ist bekannt, dass wir gerade in der Unterfütterung des Bologna-Prozesses wünschen, dass auch der Wissenschaftsrat mit der Einrichtung von didaktischen Zentren und anderem noch ehrgeiziger in seinen Zielvorstellungen wird. Auf der anderen Seite beobachten wir hier auch sehr viel positive Eigeninitiative an einzelnen Hochschulen und von engagierten Hochschullehrerinnen und -lehrern. Das Merkmal guter und erfolgreicher Lehre muss ein mindestens gleichberechtigtes Markenzeichen der Hochschulen der Zukunft werden. Den Vorschlag des Ausbaus der Personalkapazitäten und ihrer Differenzierung sowie des internationalen Austausches von Hochschullehrern wollen wir gerne unterstützen. Mit Comenius, Leonardo da Vinci, Erasmus und Grundtvig hat die EU vier herausragende europäische Gelehrte zu Leitfiguren ihrer Bildungsprogramme gemacht. Im Rahmen des ERASMUS-Programms zum Austausch der Studierenden ein entsprechendes Programm zum Austausch von Lehrenden zu entwickeln, würden wir von der SPD aus nachdrücklich unterstützen. Ein solches Programm, wir möchten es EINSTEIN-Programm nennen, wäre ein wichtiges Zeichen dafür, dass auch die EU den Bologna-Prozess anerkennt und aufnimmt sowie gleichzeitig die Priorität „Gute Lehre“ durch den Austausch guter Hochschullehrer anerkennt und materiell unterstützt.

Fünftens. Der Bologna-Prozess sollte, wenn man sich an die ersten Erklärungen erinnert, vor allem auch der europäischen Mobilität und letztlich der Hochschulmobilität in einem globalen Wissens- und Forschungsraum dienen. Für diese Mobilität ist die Strukturierung des Studiums bis hin, dass es ein funktionierendes ECTS-System gibt, unmittelbare Voraussetzung. Nur müssen wir feststellen, dass gerade im Jubiläumsjahr vom Stu-

- dentenaustauschprogramm ERASMUS erstmals seit längerem die Teilnehmerzahlen nachhaltig zurückgehen. Die Ursachen dürfen auch in Bezug auf die bisherige Umsetzung der Bachelor-Master-Struktur nicht ignoriert werden. Sie liegen sicherlich auch in einer zu starken Verdichtung des Studiums und Überbeanspruchung der Studierenden, die eben einfach kein Mobilitätsfenster in ihren Studienprogrammen vorfinden. Auf diese negative Wirklichkeit hin hat nun die Konferenz von Leuven mit besonders ehrgeizigen Zielen reagiert. 20 Prozent aller Studierenden sollen danach Auslandserfahrung sammeln. So weit, so gut. Doch kommt es auch hier auf die Qualität der Auslandserfahrung mit an. Die Idee des Bologna-Prozesses ist gewesen, das Studium im Ausland für noch mehr Studenten erfahrbar und gestaltbar zu machen. Billigvarianten dieses internationalen Studiums, wie zum Beispiel die Reduzierung des Auslandsaufenthaltes auf Praktika, würden dem Geist von Bologna hingegen nicht mehr entsprechen. Die Gefahr hierfür ist allerdings groß, denn nicht zuletzt das Zusatzprogramm ERASMUS-Praktikum, bei dem immerhin bis zu 400 Euro für berufliche und Praktikumsstätigkeiten im Ausland gezahlt werden, hat zwar eine große Attraktivität, wie man an den wachsenden Teilnehmerzahlen ersehen kann, aber es hat natürlich keinen Bezug mehr zu einem entsprechenden qualitativ hochwertigen Studium. Als SPD möchten wir deshalb nachdrücklich darauf bestehen, an dieser Stelle vor allem auch dafür zu sorgen, dass das klassische ERASMUS-Programm für die Studierenden wieder stärker nutzbar wird. Dazu muss gehören, dass die ERASMUS-Fördersätze erhöht werden und dass es eben auch von der Struktur und dem Zeitraster des Studiums her möglich wird, tatsächlich ein Semester oder auch weitere Semester im Ausland ohne systematische Zeitverluste bis hin zum Studienabschluss studieren zu können.

Sechstens. Tatsächlich zeigt sich an den Schwierigkeiten mit der Mobilität, dass die soziale Dimension im Bologna-Prozess noch viel stärker mit berücksichtigt werden muss. Denn auch bei der Mobilität ist feststellbar, dass Studierende mit einem ausreichend starken materiellen Hintergrund ganz andere Möglichkeiten haben, als es bei der Masse der Studierenden der Fall ist. Deshalb ist es ein großer Verdienst nicht nur seitens des Deutschen Studentenwerkes, sondern auch der Studentenverbände, immer wieder einzufordern, dass zu einem guten Studium für alle eine Gebührenfreiheit des Studiums gehört, eine ausreichende materielle Förderung über gesetzliche Stipendiensysteme wie das BAföG, ein ausreichendes Wohnangebot, ausreichende Beratung und auch Kinderbetreuung. Die SPD kann, was Studiengebühren angeht, nur noch einmal nachdrücklich an alle Bundesländer appellieren, dem hessischen Beispiel zu folgen und durch Schaden zur Einsicht zu kommen. Die Studiengebühren waren dort eingeführt worden und sind zum Glück wieder abgeschafft. Wir wünschen uns dieses auch für andere Bundesländer. Wir werben jetzt schon dafür, den ausreichenden studentischen Wohnraum parallel zum Hochschulpakt II auf die Tagesordnung von Bund, Ländern und Kommunen zu setzen. Dass es uns gelungen ist, den studentischen Wohnheimbau auch in das Konjunkturprogramm II hineinzubekommen, ist für

(A) uns nach wie vor ein Erfolg. Gute Beispiele aus einzelnen Bundesländern, wo dieses dankbar zur Verstärkung der sozialen Dimension aufgegriffen wurde, bestärken uns hierin. Dass Familienfreundlichkeit an Hochschulen immer wichtiger wird, ergibt sich nicht zuletzt aus der Bachelor-Master-Struktur, die ja auch einen längeren Studienprozess in der Verknüpfung von Studium und beruflicher Tätigkeit wie ein Teilzeitstudium ausdrücklich mit unterstützen will. Beides erfordert dann aber auch eine entsprechende familien- und kinderfreundliche Hochschule. Schließlich bleibt der eine Zusammenhang signifikant: Wenn im Bologna-Prozess intensiver als früher studiert wird und die Studienzeit durch das Studium intensiver ausgefüllt wird, gehen die Möglichkeiten für eine studienbegleitende Erwerbstätigkeit zurück. Umso wichtiger ist es gerade für die Studierenden aus materiell nicht so gut gestellten Familien, dass sie ein ausreichendes BAföG bekommen. Um es knapp zu sagen: Wer Bologna ernst nimmt, muss für das BAföG immer wieder neu kämpfen.

Noch einige grundsätzliche Bemerkungen zum Schluss: Die Konferenz von Leuven war die letzte Bologna-Folgekonferenz, die noch im Zwei-Jahres-Rhythmus stattgefunden hat. Die nächste Konferenz wird erst in drei Jahren stattfinden. Wir sehen hierin auch ein Stück Normalisierung, dass man der Gefahr des Konferenztourismus dadurch vorbeugend entgegen will. Umso wichtiger wird es sein, das kontinuierliche Berichtssystem über den Bologna-Prozess gleichwohl beizubehalten und qualitativ zu verfeinern. Dabei sollten nicht immer nur Erfolge, sondern auch genauso die Schwächen und die kritischen Punkte im Bologna-Prozess mit dargestellt werden. Denn im Vorfeld der 10-jährigen Jubiläumsfeiern, die Anfang 2010 mit Recht vom Kreis der Bologna-Teilnehmer wahrgenommen werden, wird man darauf hinweisen dürfen: Weder die Euphorie, wie sie von einigen zu Beginn dieses Prozesses transportiert worden ist, wird der Komplexität des Bologna-Prozesses gerecht, noch die vernichtende Kritik, wie sie immer noch besonders aus konservativen Kreisen von Hochschulprofessoren geäußert wird, noch der Attentismus, wie er zum Beispiel vom Deutschen Hochschulverband mit seiner Forderung nach einem Moratorium vertreten wird. Für ein Moratorium ist keine Zeit mehr, sondern die Hochschulen in Europa und auch darüber hinaus sind in einem Prozess, der gestaltet werden muss, der aber auch gestaltet werden kann. Weder Professoren und Hochschulangehörige noch Studenten müssen die Hamster im Lauftrad sein, um hier den Hochschulverbandvorsitzenden Kempfen zu zitieren. Sie können Hochschule vielmehr gestalten und müssen dies noch viel mehr tun, als es zwischenzeitlich schon von ihnen getan worden ist. Wer nach wie vor unter dem Humboldt-Syndrom unbedingt leiden muss, hat Humboldt nicht richtig verstanden. Die Freiheit von Forschung und Lehre in der Einheit von Forschung und Lehre ist durch den Bologna-Prozess ja gerade nicht ausgeschlossen worden, sondern kann von jedem einzelnen Hochschulangehörigen nach wie vor realisiert werden. So wenig wie zu Humboldts Zeiten selbst diese Freiheit eine absolute war, so wenig ist sie es in den veränderten Zeiten einer Hochschule als Großbildungseinrichtung für Millio-

nen von Studierenden. Professor Kleiner, der Präsident der DFG, hat im Magazin des Deutschen Studentenwerks im März dieses Jahres ganz praktisch dargestellt, welche Veränderung die Bologna-Reform auch für sein eigenes Umgehen mit seinem ganz persönlichen Curriculum bedeutet hat. Er hat Humboldt dadurch ganz praktisch werden lassen und gleichzeitig neuen Elan und neuen Impuls und Freude an Hochschule mit einer guten Lehre für alle Studierenden und mit einer guten Forschung für die Allgemeinheit erfahren. Das bleibt im Jahr 10 des Bologna-Prozesses die Hoffnung und Verpflichtung für die Zukunft: Hochschule praktisch besser zu gestalten.

Uwe Barth (FDP): Bologna ist in der Kritik und es gilt derzeit als en vogue, alles, was im Hochschulbereich nicht rund läuft – und das ist durchaus einiges –, dem Bologna-Prozess anzuhaften. Schlechte Betreuungsverhältnisse, Leistungsdruck und Mobilitätshemmnisse: Der Sündenbock Bologna ist stets zur Hand!

Bologna ist in der Kritik und da ist sicher ein guter Teil berechtigter Kritik dabei. Manches fällt aber auch in die Rubrik platte Schuldzuweisung und das Fatale dabei ist, dass die wirklichen Ursachen unbenannt bleiben und unter den Tisch fallen. Das ist weder redlich noch in der Sache förderlich. Wer so tut, als ob mit der Bologna-Erklärung vor zehn Jahren der Niedergang unseres Hochschulsystems eingeläutet worden sei, der verkennt die Realität. Denn es herrschte auch im Jahr 1999 keineswegs eitel Sonnenschein an den deutschen Hochschulen und Universitäten.

Mit dem realistischen Blick in die Zeit vor zehn Jahren ist auch erklärt, dass mit den Reformen Hoffnungen geweckt wurden, die – und da sind wir bei den Problemen – eben nicht alle erfüllt wurden. Manche konnten gar nicht erfüllt werden, sie beruhten offenbar auf Missverständnissen oder anderen Kommunikationsproblemen. Manche waren vielleicht überzogen. Wenn man dies alles einmal abzieht und die Sache realistisch betrachtet, ist die Bilanz besser, als oft dargestellt.

Aber auch die, die kritisieren, haben ernsthafte Anliegen. Wenn der Deutsche Juristen-Fakultätentag sagt, Bologna sei in allen Zielen gescheitert, dann ist das sicher nicht richtig. Was hier zum Ausdruck kommt, ist aber auch das Gefühl, eine Reform aufgezungen zu bekommen, die man nicht wollte und mit deren Umsetzung man nun auch noch allein gelassen wird.

Die in unserem Antrag aufgelisteten Punkte zeigen, dass Politik, Wirtschaft und in weiten Teilen die Hochschulen selbst einer ganzen Reihe von Pflichten nicht oder nur schleppend nachgekommen sind. Dies muss sich schleunigst ändern! Denn es besteht die Gefahr, dass der Reformprozess auf drei Vierteln des Weges ins Stocken kommt und im Dickicht der Bedenken, Vorbehalte und vagen Ängste stecken bleibt. Aber eine Rolle rückwärts könnte hier zum Salto mortale werden! Eine Kehrtwende ist nicht zu verantworten – gerade jenen gegenüber, die nach hochwertiger Ausbildung verlangen. Bund und Länder tragen eine Verantwortung dafür, dass der Bologna-Prozess zu einem guten Ende geführt wird. Denn nur so ist sichergestellt, dass die Lebensplanung

- (A) und Perspektive von Studierenden nicht in Mitleidenschaft gezogen wird.

Ich bin ein großer Anhänger der Diplomstudiengänge, ich habe selbst einen belegt und erfolgreich beendet, das muss man ja immer mal dazu sagen. Aber die Frage kann doch nicht lauten: Wollen wir Diplom oder Bologna? Deutlicher, drastischer formuliert wird das auch mal so ausgedrückt: Wollen wir unsere guten Diplomstudiengänge gegen einen minderwertigen Bachelor oder Master eintauschen? Eine solche Frage ließe nur eine Antwort zu: Nein, das wollen wir natürlich nicht! Die Konsequenz hieße: raus aus dem Reformprozess, und zwar so schnell wie irgend möglich. Wenn eine solche Frage ihre Berechtigung hätte, würde dies aber auch bedeuten, dass jene, die diese Reform erdacht und beschlossen haben, entweder böswillig oder schwachsinnig gewesen wären. Beides mag ich nicht glauben und ein Blick auf die Ziele lässt auch keines von beidem vermuten.

Es kommt auf die Umsetzung der Reform und die Konzeption von Studienangeboten an – beides unzweifelhaft Aufgaben der Hochschulautonomie. Hier müssen die Hochschulen selber Hand anlegen und den gegebenen Handlungsspielraum nutzen. Es kommt dabei auf die institutionellen Rahmenbedingungen, etwa Landeshochschulgesetze und Hochschulverträge an, wichtig ist aber vor allem etwas, was uns seitens der HRK in den letzten Jahren immer wieder in Erinnerung gerufen wurde: eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Hochschulen. Alle Kolleginnen und Kollegen aus dem Ausschuss werden sich erinnern, dass die HRK immer wieder darauf hingewiesen hat, dass neben der ohnehin drastischen Unterfinanzierung der Hochschulen ein wesentliches Problem der Umsetzung von Bologna eben genau darin besteht, dass diese Fundamentalreform der Hochschullehre ohne einen einzigen Euro zusätzlichen Geldes bewerkstelligt werden musste und muss.

Die FDP-Fraktion hat beim Hochschulpakt darauf hingewiesen, dass der Ansatz von 5 500 Euro pro Studienplatz und Semester bei tatsächlichen Kosten in Höhe von durchschnittlich 7 300 Euro eine Farce ist. Nun soll in der Nachfolgevereinbarung, sofern sie zustande kommt, der Ansatz auf 6 500 Euro erhöht werden. Dass das auch nicht reicht, ist sofort klar, wird aber schon fast zur Nebensache, wenn wir nun hören, dass Bundesminister Steinbrück Bedenken angemeldet hat und die Sonderprogramme für Forschung und Hochschulen insgesamt, also die Exzellenzinitiative, den Pakt für Innovation und Forschung und eben auch den Hochschulpakt II, unter Haushaltsvorbehalt gestellt sind. Damit gehen ja auch die Befürchtungen der Bildungspolitiker in seiner eigenen Fraktion in Erfüllung, die vor wenigen Wochen vor genau diesem Szenario als Ergebnis des Konjunkturpakets gewarnt hatten. Es ist schon eine Farce, dass die Koalition, ohne mit der Wimper zu zucken, für die Abwrackprämie Milliarden bereitstellt, Bildung, Wissenschaft und Forschung aber der Haushaltslage anheimstellt. Ein Skandal!

Wir haben schon in unserem Antrag zum Hochschulpakt II darauf hingewiesen, dass die überhastet zuwege

gebrachten Konjunkturmaßnahmen der Bundesregierung die langfristig geplanten, durchdachten und mit Sorgfalt abgestimmten Förderprogramme gefährden würden. Es ärgert mich persönlich maßlos, wenn ich sehe, wie diese hirnrissige Geldverschwendung die Grundlage für einen so dringend notwendigen Substanzaufbau bei Wissenschaft und Forschung bedroht.

Aber es geht ja im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bologna-Prozesses nicht nur um eine adäquate Ausfinanzierung der Studienplätze. Wichtig ist auch, für die entsprechenden Bedingungen für Studierende zu sorgen. „Bisher aufgetretene Probleme bei der Umsetzung der Bologna-Reform, wie die tendenziell rückläufige Mobilität der Bachelorstudierenden, steigende Leistungs- und Prüfungsanforderungen, zunehmender Stress oder geringerer zeitlicher Spielraum für studienfinanzierende Erwerbstätigkeit machen adäquate, leistungsfähige Service- und Beratungsangebote für Studierende immer wichtiger“, so formuliert es das DSW und hat recht mit dieser Mahnung. Wir haben uns in verschiedenen Anträgen in dieser Legislatur immer wieder auch für verbesserten Service während, aber auch vor dem Studium ausgesprochen, weil wir wollen, dass erstens jeder, der studieren will und intellektuell dazu in der Lage ist, dies auch tun kann, zweitens jeder, der studieren geht, weiß, was an Anforderungen auf ihn zukommt und drittens auch jedem klar ist, welche Chancen ein erfolgreicher Hochschulabschluss bietet.

Wir müssen den Aufbau von Kredit-, Darlehens- und Stipendiensystemen unterstützen, um denjenigen eine Hilfestellung zukommen zu lassen, die nicht in den Genuss von BAföG kommen. Derzeit erhalten gerade einmal 2 Prozent aller Studenten ein Stipendium – die FDP will diese Quote auf 10 Prozent steigern. Das treibt die SPD auf die Palme. Sie hat das vom nordrhein-westfälischen FDP-Innovationsminister Professor Pinkwart vorgelegte Konzept mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft. Die Damen und Herren „Genossen“ sollen doch einmal den Stipendiaten erklären, weswegen sie dieses Vorhaben blockieren! Als ob eine leistungsbezogene Unterstützung nicht allen Studierenden gleichermaßen offen stünde!

Bologna ist Realität. Da hilft weder Zetern oder Jammern noch ein verklärter Rückblick in vermeintlich bessere Zeiten. Entscheidend ist, dass die Bedingungen an unseren Hochschulen den Erfordernissen einer modernen Wissensgesellschaft entsprechen müssen. Denn ansonsten setzen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Nachwuchses und des Landes insgesamt aufs Spiel. Und dieses Risiko dürfen wir nicht in Kauf nehmen!

Cornelia Hirsch (DIE LINKE): Die Idee eines europäischen Hochschulraums ist aus Sicht der Linken nicht zu kritisieren! Dass jedoch nicht alles so läuft, wie uns hier gerne weisgemacht wird, scheint inzwischen sogar die Union zu verstehen. In ihrer heutigen Pressemitteilung ist zu lesen: „Zum Teil wurden Inhalte von Diplomstudiengängen eins zu eins in Bachelorstudiengänge übernommen, was eine Überfrachtung der Curricula zur Folge hatte. Problematisch ist auch die noch fehlende

- (A) Akzeptanz der Bachelor-Abschlüsse.“ Schön, dass endlich auch das Regierungslager zu verstehen beginnt, was die Linke hier schon mehrfach problematisiert hat: Der Bologna-Prozess wird mangelhaft bis ungenügend umgesetzt! Viele Studiengänge werden nur umetikettiert, der Prüfungsdruck steigt in ein beinahe unerträgliches Ausmaß und eine demokratische Beteiligung liegt in weiter Ferne. So wird diese Reform kein Erfolg.

Wenn der Bologna-Prozess zu einem Erfolg werden soll, dann muss sich in drei zentralen Fragen etwas ändern.

Erstens: Am neu geschaffenen Hochschulraum müssen alle gleichermaßen partizipieren können. Das ist bisher nicht der Fall. Weder konnte die Studierendenquote deutlich erhöht, geschweige denn der Anteil von Studierenden aus finanzschwachen und bildungsfernen Elternhäusern gesteigert werden. Er dümpelt auf einem beschämend niedrigem Niveau. Außerdem befindet sich die Studienfinanzierung trotz der 22. BAföG-Novelle, für die sich die Große Koalition feiern ließ, in einem desolaten Zustand. Die Bedarfssätze und Freibeträge wurden nicht ausreichend erhöht und eine generelle Förderung im Master ist ebenfalls nicht möglich. Die Linke fordert deshalb, dass die soziale Dimension nicht zum Feigenblatt verkommt, sondern endlich ernst genommen wird!

- (B) Zweitens muss Mobilität tatsächlich und nicht nur in wohlfeilen Erklärungen erhöht werden. Dieses zentrale Versprechen des Prozesses kann die Bundesregierung bisher nicht halten. Es reicht nicht, nur auf die Erfolge der Umstellungsgeschwindigkeit zu verweisen, wenn mittlerweile sogar innerhalb von Deutschland der Wechsel von Hochschule zu Hochschule immer schwieriger wird. Den Studierenden wurde versprochen, dass sie zukünftig zwischen Berlin und Madrid wechseln können werden. Nun stellen sie fest, dass nicht mal mehr ein Hochschulwechsel von Berlin nach Frankfurt funktioniert. Das ist ein Armutszeugnis für die Bundesregierung!

Und als dritten Punkt muss der Bologna-Prozess zu mehr Qualität im Studium führen. Bisher ist das Gegenteil der Fall. Im Hauruckverfahren wurde der Prozess in Deutschland eingeleitet und umgesetzt. Die Hochschulen waren hiermit deutlich überfordert. Die Studierenden wurden viel zu wenig einbezogen, aber vor allem fehlten die notwendigen finanziellen Mittel. Eine qualitative Studienreform geht nur mit deutlich mehr Geld. Deshalb ist es ein Skandal ohnegleichen, dass Bundesfinanzminister Peer Steinbrück die Fortsetzung des Hochschulpaktes auf die Zeit nach der Bundestagswahl verschoben hat. Wie perfide muss man sein, vor wenigen Tagen noch ein Wahlprogramm für die SPD mit einem zentralen Schwerpunkt auf der Bildung auf den Weg zu bringen, um kurz darauf eine Haushaltssperre in diesem Politikfeld zu verhängen?

Die Kritik an der Umsetzung allein ist für die Linke aber noch lange nicht ausreichend. Wir kritisieren zudem, dass der Bologna-Prozess auf einer falschen Grundlage steht. Er orientiert sich an der EU-Politik und damit an der Lissabon-Strategie. Diese Lissabon-Strate-

- (C) gie impliziert im Bildungsbereich konkrete Empfehlungen der EU-Kommission zur Einführung von Studiengebühren oder für die Erleichterung von Public-Private-Partnership-Modellen im Hochschulbereich. Die Linke setzt sich dagegen dafür ein, dass die konsequente Umsetzung der Verpflichtungen aus dem UN-Sozialpakt zur Voraussetzung für die Teilnahme am Bologna-Prozess wird. Im UN-Sozialpakt, den fast alle Bologna-Staaten unterzeichnet haben, ist die Gebührenfreiheit des Studiums als Ziel verankert. Bisher lehnten alle anderen Fraktionen unser Ansinnen ab. Das zeigt nicht nur, wie unwichtig ihnen internationale Verpflichtungen sind, sondern auch, wie halbherzig gerade SPD oder Grüne tatsächlich gegen Studiengebühren eintreten. Die Linke fordert europaweite Gebührenfreiheit der Bildung!

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ein gemeinsamer europäischer Hochschulraum ist ein starkes und visionäres Ziel für die junge Generation. Darin sind wir uns sicher alle einig. Ein erfolgreicher Bologna-Prozess könnte daher einen wichtigen Beitrag für das tatsächliche Zusammenwachsen unseres Kontinents leisten. Die Umstellung auf das zweistufige Bachelor- und Mastersystem sollte grenzenlose Mobilität ermöglichen und zu einem Treiber für eine echte Studienreform werden.

- (D) Zum zehnten Geburtstag der Bologna-Reform müssen wir aber konstatieren: Die Bilanz ihrer Umsetzung hierzulande ist durchwachsen. Einerseits sind mittlerweile drei Viertel aller Studiengänge auf Bachelor und Master umgestellt. Andererseits sind wesentliche Reformziele wie mehr Mobilität der Studierenden, bessere Anerkennung von Studienleistungen, geringere Abbrecherquoten, höhere Studienqualität und eine bessere Betreuung der Studierenden noch immer nicht erreicht oder wurden sogar deutlich verfehlt. Es zeigt sich, dass es – trotz aller Anstrengungen an den Hochschulen vor Ort – auch im zehnten Umsetzungsjahr noch immer ein weiter Weg von Bologna nach Deutschland ist. Dafür gibt es auch im Bologna-Bericht der Bundesregierung zahlreiche Belege.

Zu einer ehrlichen Bilanz gehört daher, sich einzugestehen, dass wir einen ganze Palette an Problemen haben. Die Konsequenz daraus kann aber nicht sein, Bologna rückgängig zu machen und damit auf halbem Wege auszusteigen. Nein, das wäre unvernünftig und fahrlässig. Wir brauchen vielmehr von allen handelnden Akteuren – im Bund, in den Ländern, an den Hochschulen – gemeinsam getragene Strategien, wie wir für alle Studierenden tatsächlich ein besseres Studium und einen transparenten mobilitätsfreundlichen europäischen Hochschulraum verwirklichen.

Wir meinen daher, dass der Bologna-Prozess eine zweite Reformstufe braucht, eine Reformstufe, welche die Studierenden endlich in den Mittelpunkt stellt. Denn die bisherige Umsetzung in Deutschland hat sich viel zu sehr auf die Struktur beschränkt und teilweise zu Überstrukturierungen geführt. Es war keine Studienreform im Sinne ihrer Erfinder, vielerorts auf alte Diplom- und Magisterstudiengänge einfach das Etikett „Bachelor“ zu

- (A) kleben und nach dem Motto „verschulen, verdichten, umbenennen“ vorzugehen. Es war ein Fehler, Studienordnungen häufig nicht zu entrümpeln und auf diese Weise die Arbeitsbelastung der Studierenden – unter anderem durch vielzählige studienbegleitende Prüfungen – hochzuschrauben, anstatt vordringlich auf hohe Studienqualität und gute Studierbarkeit zu achten.

Deshalb müssen wir in einer zweiten Reformstufe dringend die Qualität von Studiengängen und Lehre auf Vordermann bringen. Wir benötigen dabei eine kritische Revision der Studieninhalte. Nur so kann die Vision eines europäischen Hochschulraums Wirklichkeit werden.

Die Bundesregierung hat von der Bologna-Konferenz in Löwen ein dickes Hausaufgabenheft mitbekommen. Es deckt sich weitgehend mit grünen Forderungen aus unserem Antrag. Wir wollen eine soziale Öffnung der Hochschulen und mehr gesellschaftliche Vielfalt auf dem Campus anstatt exklusive Zugänge für einzelne Herkunftsgruppen. Wir wollen eine bessere Betreuung für die Studierenden statt Vorlesungen und Prüfungen im Akkord. Wir wollen innovative Lehrkonzepte fördern statt Steinzeitdidaktik. Abbruchquoten müssen in allen Studiengängen sinken, nicht steigen. Auslandsaufenthalte müssen im Bachelorstudium zeitlich machbar und einfacher möglich sein als vorher. Und Bachelorabsolventen brauchen anstelle neuer Übergangshürden reale Möglichkeiten, ein Masterstudium aufnehmen zu können. Bundesregierung, Länder und Hochschulen müssen in diesem Sinne zusammenwirken, damit die „Kinderkrankheiten“ der Bologna-Reform endlich geheilt werden. Dieser Wille ist bei der amtierenden Bundesregierung jedoch an keiner Stelle auszumachen.

(B)

Stichwort „Soziale Öffnung der Hochschulen“: Im Studienanfängerjahrgang 2005 ist der Anteil der Arbeiterkinder nur halb so groß wie ihr Anteil an der altersgleichen Bevölkerung (20 zu 40 Prozent). Zugangshürden zum Hörsaal gehören abgeräumt und nicht verteidigt, so wie es Studiengebührenbefürworterin Schavan tut. Und wenn wir wissen, dass die Möglichkeit zu Auslandssemestern stark von der sozialen und finanziellen Lage der Studierenden abhängt, dann braucht es unter anderem eine stärkere Studienfinanzierung als heute.

Stichwort „Studierbarkeit“: Die Studienstrukturreform muss in eine umfassende Lehr- und Qualitätsreform einmünden: Die Hochschulen müssen den Spielraum erhalten und nutzen, sieben- und achtsemestrige Bachelorstudiengänge anzubieten. Auslandssemester, Praktika oder studentisches, soziales oder politisches Engagement müssen ohne Studienverzögerung oder Dauerstress einzutakten sein – dazu braucht es mehr Flexibilität und Mobilitätsfenster im Studienangebot. Studierende müssen zudem die Sicherheit erhalten, dass andernorts erbrachte Studienleistungen einheitlich, vorhersehbar und großzügig anerkannt anstatt überpenibel gehandhabt werden.

Stichwort „Finanzierung der Bologna-Reform“: Bachelorabschlüsse kosten in der Regel mehr als die bisherigen Studiengänge. Die notwendigen zusätzlichen Mittel wurden aber nicht bereitgestellt. Es ist Aufgabe des

- Bundes und vor allem der Länder, im Rahmen einer zweiten Reformstufe endlich für eine angemessene Gegenfinanzierung der Bologna-Reform zu sorgen, damit die Betreuung und soziale Flankierung gestärkt werden. (C)

Beim Hochschulpakt haben Finanzminister Steinbrück und die Landesfinanzminister der Union die vorgeschlagene Erhöhung der Pauschale pro Studienplatz aber leider gerade vom Tisch gewischt – während die Bundesregierung für Banken und Neuwagen riesige Schuldenberge und Haushaltsrisiken auftürmt. Gleichzeitig entzieht der Finanzminister den nachfolgenden Generationen die Grundlagen, die Schulden jemals wieder abzubauen. Damit wird einmal mehr überdeutlich: Merkels Bildungsgipfel war ein Jammertal – eine Showveranstaltung ohne Substanz. Wir sind hier aber nicht im Kino, sondern in der hochschulpolitischen Realität. Und die schreit nach beherzten Taten und einem neuen Aufbruch nach Bologna. Für Ernüchterung und gebrochene Versprechen in der Hochschulpolitik hat die große Streitkoalition schon genug gesorgt.

Andreas Storm, Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung: In diesem Jahr sind zehn Jahre seit der Unterzeichnung der Bologna-Erklärung vergangen, zehn Jahre, in denen die deutsche Hochschullandschaft entscheidend modernisiert wurde und in denen die Idee eines europäischen Hochschulraums Wirklichkeit geworden ist. Das gilt etwa für die Einführung von vergleichbaren Studienabschlüssen, von Regeln und Institutionen der Qualitätssicherung und Transparenzinstrumenten wie ECTS und Diploma Supplement. Ein untrügliches Indiz für den Erfolg des Bologna-Prozesses ist, dass auch das außereuropäische Ausland mit Interesse auf die Reformen blickt und sich in einigen Bereichen an ihnen orientiert. (D)

Lassen Sie mich auch sagen: Zehn Jahre waren noch nicht in allen Bereichen genug, um mit den Fortschritten zufrieden zu sein. Die Ministerinnen und Minister der 46 Bologna-Staaten haben sich daher in der vergangenen Woche in Leuven für die Fortsetzung der Zusammenarbeit im Europäischen Hochschulraum in der kommenden Dekade ausgesprochen, um die Attraktivität der europäischen Hochschulen zu steigern, die Mobilität der Studierenden auszuweiten und das Lebenslange Lernen fortzuentwickeln.

In Deutschland sind von den insgesamt gut 12 000 Studiengängen mittlerweile drei Viertel auf Bachelor und Master umgestellt. Bei dem letzten Bericht zur Umsetzung des Bologna-Prozesses in Deutschland vor zwei Jahren lag der Anteil noch bei weniger als der Hälfte. Gut 30 Prozent der Studierenden und rund zwei Drittel aller Studienanfänger sind in diesen Studiengängen eingeschrieben; auch hier ganz klar mit steigender Tendenz.

Im Zuge der Bologna-Reformen und der Umstellung auf BA und MA ist eine große Vielfalt von Studiengängen entstanden. Diese Entwicklung ist zu begrüßen, da sie den Innovationsgeist unserer Hochschulen zeigt! Dennoch ist die Umsetzung noch nicht überall zufriedenstellend gelungen. Insbesondere dort, wo bisherige

- (A) Studiengänge ohne inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung auf die neue Studienstruktur umgestellt wurden und dadurch Dichte und Fülle des Studienstoffes nur schwer beherrschbar sind, muss nachgebessert werden.

Die Weiterentwicklung der Curricula wird daher auch im kommenden Jahrzehnt entscheidend für die erfolgreiche Umsetzung des Bologna-Prozesses sein. Dabei wird von den Hochschulen die Breite und Tiefe der Studieninhalte, vor allem im Bachelorstudium, kritisch zu überprüfen sein. Berufspraktische Ansprüche müssen besser berücksichtigt werden, Mobilität muss auch im Bachelorstudium leichter möglich sein, und die Studierbarkeit der Studiengänge muss gewährleistet sein. Die Hochschulen haben durch die Reformen mehr Spielräume erhalten, ein eigenes Profil zu entwickeln und Verantwortung für die Inhalte und die Qualität ihres Angebotes zu übernehmen. Ich möchte die Universitäten und Fachhochschulen nachdrücklich auffordern, die Reform pragmatisch an den Interessen der Studierenden so zu orientieren, dass Forschung und Lehre verbessert werden.

Die Erhöhung der Mobilität von Studierenden und akademischem Personal bleibt eines der Kernziele des Bologna-Prozesses. Für Deutschland ist die Bilanz zwischen den aktuellen Werten und dem Ausgangsjahr des Bologna-Prozesses 1999 positiv: Die deutschen Studierenden gehen öfter ins Ausland, und auch als Gastgeberland ist Deutschland attraktiv. Dennoch gilt es hier noch ehrgeiziger zu sein: In Leuven haben wir europaweit das Ziel vereinbart, dass bis 2020 20 Prozent der Studierenden während ihres Studiums ins Ausland gehen. Für Deutschland haben wir uns noch höhere Ziele gesetzt: Wir wollen, dass 20 Prozent aller Studierenden mindestens ein Semester an einer ausländischen Hochschule absolvieren und dass insgesamt 50 Prozent aller Studierenden zum Zwecke des Studiums, eines Praktikums oder eines Sprachkurses während ihres Studiums ins Ausland gehen. Zur Steigerung der Mobilität müssen wir in den kommenden Jahren auch daran arbeiten, dass im Ausland erbrachte Studienleistungen bei uns besser anerkannt werden.

Ein großes Thema der Bologna-Ministerkonferenz war auch das Lebenslange Lernen und die Frage, wie Europa seinen Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften dauerhaft decken kann. Der Bologna-Prozess bietet hier die Gelegenheit, auf neue Herausforderungen zu reagieren, die ich mit der Überschrift „Veränderte Bildungsbiografien“ kurz umreißen möchte: Wir müssen die Durchlässigkeit aus der beruflichen Bildung in die Hochschulen verbessern, indem der Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte erleichtert und die Anrechnung mitgebrachter Kompetenzen verstärkt wird. Hier liegen große Potenziale für eine Steigerung der Studienanfängerquote und die Ausschöpfung von Begabungsreserven, die bisher zu wenig genutzt werden. Wir müssen den Wechsel zwischen Phasen des Studiums bzw. der akademischen Weiterbildung und der Berufstätigkeit erleichtern und mehr Möglichkeiten für ein berufsbegleitendes Studium oder ein Teilzeitstudium schaffen.

Durchlässigkeit, berufsbegleitende Weiterbildung und der Aufstieg durch Bildung sind auch Kernpunkte der (C) Qualifizierungsinitiative für Deutschland, die Bundesregierung und Länder am 22. Oktober 2008 in Dresden beschlossen haben. Zahlreiche konkrete Schritte wurden vereinbart, um die Potenziale für einen Aufstieg durch Bildung zu heben. So haben die Länder spürbare Verbesserungen beim Hochschulzugang für beruflich Qualifizierte und bei der Anrechnung ihrer Kompetenzen auf ein Studium zugesagt. Beruflich Qualifizierte sollen künftig nach dreijähriger Berufstätigkeit die Möglichkeit zum fachgebundenen Hochschulzugang erhalten, Meister, Techniker und Fachwirte sogar den allgemeinen Hochschulzugang. Die Bundesregierung hat bereits im vergangenen Jahr speziell für diese Zielgruppe mit den Aufstiegsstipendien ein neues und attraktives Instrument der Begabtenförderung geschaffen. Bis Ende dieses Jahres sollen bereits 1 500 Stipendiaten von der Förderung profitieren.

Zudem wollen Bund und Länder in der nächsten Wahlperiode einen Wettbewerb „Aufstieg durch Bildung: Lebenslange wissenschaftliche Qualifizierung“ starten. Damit soll die Entwicklung von praxisnahen, berufs- und ausbildungsbegleitenden Studiengängen an den Hochschulen gefördert und die Integration von Berufstätigen und beruflich Qualifizierten in die Hochschulbildung erhöht werden. Auch für Studierende mit Kindern ist ein solches Angebot interessant.

Stärker als bisher wird im kommenden Jahrzehnt auch (D) die soziale Dimension des Bologna-Prozesses im Vordergrund der Aufmerksamkeit stehen. Die europäischen Hochschulminister haben sich in Leuven darauf verständigt, dass jedes Land quantifizierbare Ziele für die Teilnahme an der Hochschulbildung und eine stärkere Teilhabe bislang unterrepräsentierter Gruppen erarbeitet. Bund und Länder haben hier für Deutschland durch den Nationalen Aktionsplan Soziale Dimension und die Qualifizierungsinitiative die Weichen richtig gestellt. Unser Ziel, die Studienanfängerquote auf 40 Prozent zu steigern, ist mit derzeit 39,3 Prozent in greifbare Nähe gerückt. Für die Steigerung des Frauenanteils in MINT-Fächern und für eine höhere Bildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund haben wir neue Maßnahmen ergriffen. Die massive Ausweitung der BAföG-Leistungen mit einer Erhöhung der Förderung um 10 Prozent und der Freibeträge um 8 Prozent sowie verbesserten Regelungen für mobile Studierende, die verstärkte Förderung integrierter Studiengänge und die Sensibilisierung der Hochschulen für Studierende in besonderen Lebenslagen sind weitere Bausteine.

Die Fortsetzung der Bologna-Reformen in der nächsten Dekade ist alternativlos, wenn wir unser Land zukunftsfähig machen wollen. An einer erfolgreichen Umsetzung werden wir in der bewährten Kooperation zwischen allen Akteuren auf Bundes- und Landesebene, mit Hochschulen und Hochschullehrern, Studierenden und Sozialpartnern weiterarbeiten.